

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Sipler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stainingt in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Zeitspalt oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Vom „Antrieb zur Arbeit“. — Christenanklagen und Sozialdemokratie. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Die Umfurg-Vorlage. Berufsleiteres Rundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Agitationsbericht. Aus Österreich. Aus der Schweiz. — Situationsberichte. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Abend.

Vom „Antrieb zur Arbeit“.

Eine allerdings bekannte, aber lange noch nicht genug gewürdigte Thatsache ist, daß im Interesse des herrschenden kapitalistischen Systems von seinen Schreibern derselben die Rationalökonomie systematisch gefälscht wird. Man versucht geschildert die niederrichtigsten Begriffsverwirrungen in die Gehirne einzuschmuggeln, um das mit den ökonomischen Thatsachen rechnende logische und konsequente Denken zu verhindern. Tagtäglich wird dieser Versuch unternommen in Zeitungen, Broschüren und reformistischen Leistungen, die dazu bestimmt sind, „das Volk aufzuklären“ über „die Irrthümer des Sozialismus“. Daß diese „Aufklärungs“-Arbeit Alle, die „dem aufgrößlichsten Täuschung und rückwärtslose Verdummung hinausläuft, haben wir schon oft dargelegt. Heute wollen wir einmal einen Punkt herausgreifen, der mit ganz besonderer Vorliebe von unseren Gegnern „bearbeitet“ wird, weil die liebe Dummheit sehr leicht mit ihm „experimentieren“ kann. Er gehört dem Gebiete der Zukunfts-Faserei an, auf welchem eine „feste und unbeflegbare Position“ zu gewinnen unsere hartbedrängten Gegner thörichterweise geglaubt haben.

Da wird die Frage aufgeworfen, ob denn im „sozialen Staat“ auch ein genügender Antrieb zur Arbeit für die einzelnen arbeitenden Gruppen vorhanden sein werde? Die kapitalistischen „Volksaufklärer“ sind sofort mit der Antwort, einem höhnischen „Nein“, bei der Hand. Kein Wunder! Die Leutchen hübligen ja der Anschauung: lediglich in der Form der sogenannten „freien Konkurrenz“, mit der durch sie verliesenen Aussicht auf Vortheil, sei die Anspornung der persönlichen Thätigkeit denkbar.

Wir wissen, daß das Wesen der Konkurrenz darin besteht, daß ein Jeder auf Kosten Anderer sich günstiger zu stellen, besondere Vortheile zu erlangen sucht. Dieser Begriff enthält zwei Elemente, erstens: daß Einer sich günstiger zu stellen sucht; zweitens: daß er dies auf Kosten Anderer thun will. Für die Anspornung der persönlichen Thätigkeit ist aber offenbar nur das Erstere wesentlich, während das Zweite hiermit nichts näher zu schaffen hat. Und es ist dieses Zweite, obwohl in der modernen Konkurrenz untrennbar mit dem Ersten verbunden; doch nicht schlechthin und unter allen Umständen mit demselben verknüpft.

Wie nun, wenn es gelänge, jenes erstere Element, welches die persönliche Thätigkeit anspornt, beizubehalten, das zweite aber — dieses gefäßige, auf die Ausbeutung und Unterdrückung Anderer hinauslaufende — zu beseitigen? Wer möchte zu leugnen wagen, daß, wenn es möglich, diese Trennung zu vollziehen, hierdurch ein großartiger, sittlicher, ökonomischer und sozialer Fortschritt bewirkt würde? Dies zu leugnen, hieße behaupten, daß die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen unvermeidbar sei. Das würde aber eine wahnsinnige Behauptung sein.

Allerdings, im vielberufenen „sozialen Staate“, d. h. in dem von der Sozialdemokratie angestrebten Zustande der sozialistischen, für und durch die Gesell-

schaft betriebenen Waarenproduktion wird die „freie Konkurrenz“ der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft zu den Unmöglichkeitlichkeiten gehören. Aber trotzdem wird hinreichende Veranlassung zur Arbeit vorhanden sein.

Es ist doch wohl leicht einzusehen, daß, wenn die Arbeit gesellschaftlich organisiert ist, nicht mehr in jedem Produktionszweige ein Pause voneinander unabhängiger und einander feindsüchtiger Unternehmer nach eigenem Gutdünken barauslos produziert, sondern vielmehr auf Grund einer genauen Statistik die Produktion wie im Ganzen, so auch in jedem einzelnen Produktionszweige geregelt ist und einheitlich vor sich geht, — daß alsdann, wer für die Gesellschaft produziert, dies auch im Auftrage derselben, gebet von ihr, thut; es ist weiter nicht schwer, wenn die Zahl der Arbeitenden und die Art des Produktionszweiges bestimmt sind, zu ermitteln, wie viel an Arbeitsmaterial er einer bestimmten Gruppe zugestellt werden muß und wie viel sie durchschschnittlich zu leisten, zu produzieren vermag.

Leistet eine Gruppe, was sie zu leisten hat, so erhält sie für ihre Leistung eine bestimmte Menge von Gebrauchswerten ausgezahlt und diese Wertthe bringt die Gruppe, nach bestimmten Regeln, zur Verteilung unter die Einzelnen.

Wäre eine Gruppe durch Trägheit, mangelhafte Leistung oder aus anderen Gründen mit ihrer Leistung hinter dem Normalmaß zurück, so wird sie in ihrer Gesamtheit und somit auch jedes einzelne Mitglied derselben weniger Wertgegenstände von der Gesellschaft erlangen, d. h. sich schlechter stellen. Sie kann aber auch durch Fleiß, gute Leitung, besondere Ersparnis an den Stoffen u. mehr als das Normalmaß leisten; dann wird sie sich besser stellen. Allein diese ihre Verbesserung ist nicht bedingt durch den Schaden Anderer.

Ganz anders heute, wo Jeder sich nur dadurch nützen kann, daß er Anderen schadet. Unter der vom Kapitalismus bestimmten Konkurrenz kann durch freie Entfaltung ein Arbeiter, selbst vermittelst Mehrarbeit, seine Lage nicht bessern, ohne die Anderer zu verschlimmern; indem er diesen die Arbeitsgelegenheit und die Möglichkeit des Erwerbes verringert.

Unter den jetzigen Verhältnissen erhält die Arbeiterklasse vom Ertrag ihrer Arbeit nur einen Theil in Form des Lohnes. Der Ueberfluß wird Unternehmergewinn, womit die Kapitalistenklasse ihr Hazardspiel aufhört; von den Zukunften, die hierdurch im gesellschaftlichen Zusammenhange erzeugt werden, wird der Eine in die Höhe, der Andere hinunter geschleudert. Wir sehen, wie dieser Prozeß, in den ja noch andere Faktoren wie die Entwicklung der Technik u., eingreifen, eine stetige Entwertung der menschlichen Arbeitskraft mit sich bringt, wie immer mehr Arbeitslast überflüssig wird und die Zahl der ungenügend oder garnicht Beschäftigten wächst. So ist es gerade die heutige Produktionsweise, welche für ungezählte Tausende den Antrieb zur Arbeit — und möge er noch so stark sein, in Hunger und äußerstem Elend sich geltend machen — garnicht berückichtigt.

Die Vertreter der herrschenden Interessen suchen den alternen Glauben zu erwidern, als sei der stärkste Antrieb zur Arbeit für Alle die Hoffnung, ein zinsbringendes Kapital zu erlangen. Man scheut sich nicht, den armen Arbeitern zu sagen, durch Fleiß, Sparsamkeit und Energie könne es Jeder von ihnen zur Wohlhabenheit bringen. Man beachte doch, welches sind heutzutage in Wirklichkeit die Motive zur Arbeit? Bei der ungeheueren Mehrzahl der Menschen die Ab-

sicht, sich die zur Fristung der Existenz durchaus erforderlichen Mittel zu verschaffen; bei einem weit kleineren Theile die Absicht, hierüber hinaus noch Etwas für die Annehmlichkeiten des Lebens zu erlangen, bei dem kleinsten Theile die Hoffnung, sich Kapital zu verschaffen.

Ausschlagen, weil die ungeheure Mehrzahl der Menschen, die Millionen der Besitzlosen, nur auf die Verwertung ihrer Arbeitskraft angewiesenen Lohnarbeiter umfassend, ist als Beweggrund zur Arbeit heutzutage: die Aussicht, sich durch Arbeit vor dem Verhungern zu schützen. Um wie viel mächtiger aber muß der Sporn zur Arbeit werden, je mehr sich, ganz abgesehen von dem Selbsterhaltungstrieb, die Aussicht eröffnet, durch Arbeit nicht nur des Lebens nothdürftigen Unterhalt, sondern auch des Lebens Annehmlichkeiten zu erlangen, und zwar dies, im Gegensatz zu heute, mit absoluter Sicherheit! Zu der von uns angestrebten gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ist Jedem die Bethätigung seiner Fähigkeiten und damit der entsprechende Antheil an der Gesamtproduktion gewiß.

Es ist sonach in der That unbegreiflich, wie Jemand bei ruhigem Nachdenken zu dem Resultat kommen kann, nach der Beseitigung der Kapitalherrschaft werde es am „Ansporn zur Arbeit“ fehlen. Diese Herrschaft hat das Elend der arbeitenden Massen geradezu zur Voraussetzung, während der Sozialismus von der Voraussetzung des höchsten Glückes und der vollkommensten Wohlfahrt Aller geleitet wird. Nur Dummheit oder berechnende Tendenzliebe kann behaupten, daß der Sozialismus damit eine Verminderung des Antriebes zur Arbeit bewirke. Wer möchte sich denn erlauben, den Beweis dafür erbringen zu wollen, es sei eine unabänderliche Einrichtung, daß den Massen des Volkes der Antrieb zur Arbeit von der Weisheit des Hungers und der Geißel des Elends kommen müsse? So ist's allerdings heute, — geradezu ein Verbrechen an der menschlichen Natur. Man darf selbst der bürgerliche Nationalökonom F. St. Mill eingestehen: „Ich bekenne, daß ich nicht mit dem Ideal des Lebens befreundeten kann, das diejenigen aufstellen, welche dafür halten, daß fortwährendes Gegeneinanderkämpfen der „normalen“ Zustand menschlicher Wesen sei; daß das sich Drängen, Schieben, Stoßen, was den dormaligen Typus des sozialen Lebens abgiebt, das wünschenswertheste Goos der menschlichen Gattung oder irgend etwas Anderes sei, als ein unerfreuliches Symptom einer Phase des industriellen Fortschritts. Es ist keine Art sozialer Vollkommenheit, daß das Leben des einen Geschlechts dem Selbmaden zugewendet ist, und die Aufgabe des anderen Geschlechts darin besteht, künftige Selbträger aufzuziehen.“

Als der beste Zustand für die menschliche Natur erscheint ein solcher, in welchem, während Keiner arm ist, Niemand reich zu sein wünscht und dabei keinen Grund zur Besorgnis hat, daß er durch die Bestrebungen Anderer, die sich vorwärtsdrängen wollen, zurückgeschoben werde.

Nun, das ist ja eben der Zustand, den die Sozialdemokratie anstrebt, und der nach dem unwandelbaren Gesetz der Entwicklung kommen muß. Uebrigens begegnete Mill dem Einwande, daß durch den Wegfall des Wettkampfes um den Reichthum die Thakraft der Menschen erlahmen könnte, durch den Hinweis auf die Erziehung. Das ist in der That noch ein wichtiger Faktor, der in Rechnung zu ziehen ist. So schändlich die Erziehung vernachlässigt und

mißbraucht worden ist, so überaus segensbringend kann sie wirken, wenn sie von den richtigen Grundfäden geleitet wird. Ohne Zweifel, die große soziale Frage ist guten Theils in ihrem innersten Kern eine Erziehungsfrage; und die Erziehung muß ihren Theil dadurch leisten, daß sie zur Erkenntniß der menschlichen Pflichten und Rechte und damit zur richtigen Einsicht in das Wesen des Glückes leitet.

Die Erziehung wird diese Aufgabe lösen, wenn sie befreit ist vom Zwange der Mäßigkeits-Erwägungen herrschender Sonderinteressen. Und da steht die Lehre von der Arbeit als Selbst- und Nächstpflicht obenan, die heute in einseitig tendenziöser Weise gepredigt wird, in der Absicht, die Massen glauben zu machen, sie seien nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zur Armut und auch zum Entbehren nach göttlichen Gesetzen bestimmt. Die Erziehungslehre der Zukunft wird lauten: Durch Arbeit zu Glück und Genuß! So wird der Antrieb zur Arbeit durch die Erziehung auf dem Boden einer ganz neuen Menschthums-Anschauung seine Nahrung erfahren. Das mag dann neben der ökonomischen und sozialen die „ästhetische Erlösung“ sein, die von Schiller nur ausserwählten Geistern vorbehalten worden ist.

Ortskrankenkassen und Sozialdemokratie.

Wenn die Gegner der Sozialdemokratie es darauf abgesehen hätten, sich durch alberne und dumme Angriffe auf dieselbe in den Augen aller vernünftigen und ehelichen Menschen lächerlich zu machen, so brauchten sie gar nicht anders zu handeln, als sie in der Absicht, die Sozialdemokratie „erfolgreich zu bekämpfen“, unangeseht zu thun. Gegenwärtig haben sie es u. A. auch darauf abgesehen, die bösen „Umstürzer“ von der Verwaltung der Ortskrankenkassen fernzubalzen bezw. sie daraus zu verdrängen.

Bekanntlich sind in allen industriell hochentwickelten Gegenden sehr viele sozialdemokratische Arbeiter Mitglieder der Ortskrankenkassen. Nichts ist selbstverständlicher, als daß sie darauf bedacht sind, Vertreter ihrer Gesinnung in die Verwaltung zu bringen. Sie haben dazu nicht nur ein gesetzliches Recht, sondern geradezu eine moralische Pflicht in Rücksicht auf den Umstand, daß das Verwaltungswesen erfahrungsgemäß nur zu oft von den Männern der sogenannten „Ordnungsparteien“ zur Bevormundung der Arbeiter und selbst zu politischen Untreuen mißbraucht wird.

Die Gegner aber fürchten vom Eindringen der Sozialdemokratie in die Verwaltung für ihre angelegentlichste Autorität. Daraus erklärt sich, daß sie offen und insgeheim es an Verhörung wider den „bösen Feind“ nicht fehlen lassen. So wird ultramontanen „Klättern“ Westfalens und des Rheinlandes aus Münster geschrieben:

Die hiesigen Sozialdemokraten suchen jetzt vielfach in den Ortskrankenkassen das Feld ihrer Thätigkeit. Es hat dieses eine zweifache Ursache: Einerseits, weil sie sich auszubehnen suchen und andererseits, weil infolge neuerer Bestimmungen im Krankenversicherungsgesetze viele eingeschriebene Hilfskassen sich als solche aufgelöst haben und nur noch Hilfskassen sind und daher ihre Mitglieder den Ortskrankenkassen beitreten müssen. Nun aber eben die sozialdemokratischen Orts-

krankenkassen-Mitglieder vermöge ihrer Rührigkeit und Agitations-toune einen großen Einfluß in den Generalversammlungen ausüben. Da stehen oft die besten Vorstände solcher Kassenmitglieder ganz machtlos gegenüber. Den Vorständen fehlen dann die Hintermänner. Die meisten der christlich-konfessionellen Mitglieder bleiben den Generalversammlungen fern und die von ihnen kommenden, werden vielfach unverleugert von dem Rechauff der Sozialdemokraten mit fortgerissen, denn wieder sind den Schreier gegenüber zu bloße. So genöthigen die Sozialdemokraten in den Generalversammlungen der Ortskrankenkassen und demnach in der Verwaltung einen Einfluß, der ihnen nach ihrer Stärke durchaus nicht zukommt. Diesen Einfluß aber nicht aufkommen zu lassen oder ihn den Sozialdemokraten wieder zu entreißen, ist Sache der christlichen Mitglieder. Wäken diese daher alle, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, es nicht ver säumen, Ansehen, Einfluß und Stimme fröhlich in die Waagschale zu werfen, damit unser jetzt durchgängig noch religiöser Sozialdemokratie widerstrebender Arbeiterstand auf diesem Felde von den Umstürzern nicht umgarnet und gekapert werde. Der Zweck dieser Zeilen ist klar. Gehe Gott, daß in den Ortskrankenkassen der rothe Geist nicht durch die eigene Schuld Derrer regiere, die die Macht, aber auch die Pflicht haben, diesen roten Geist niederzuphalten — christliche Mitglieder, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, seid gewarnt!

Noch charakteristischer ist ein „streng vertrauliches“ Schreiben, das einige Ordnungsparteiler in Dresden zur Wahl der Ortskrankenkassenvertreter an die dortigen Arbeitgeber verendet haben. Dasselbe lautet:

Ehr geehrter Herr! Im Vertrauen auf Ihre Vaterlandsliebe und in dem Bewußtsein, daß Ihnen die Deckschlagung der Sozialdemokratie warm am Herzen liegt, gestattet sich die ergebenst unterzeichnete Kommission, Sie um Ihre werthvolle Hilfe in folgender Angelegenheit hoflich zu bitten. Nachdem die sozialdemokratischen Arbeiter die Majorität in der Vorstandswahl der hiesigen Ortskrankenkasse erreicht haben und die wenigen meistens der Ordnungsparteien dem Vorstande gebührende Rücksicht angedeihen lassen, so ist es unsere heiligste Pflicht, Alles auszubethen, daß bei dem am 14. Dezember d. J. vom Vormittag 10 Uhr bis Abends 8 Uhr anstehenden Neuwahlen ein Sieg der Ordnungsparteien erreicht wird.

Im weiteren Verlaufe des Schreibens wird gesagt, daß die „Unterwähler von Staat und Ordnung“ unbekümmert darum, ob sie auch die Fähigkeiten dazu zu besitzen, sich gegen hohe Zahresgehälter in die Aemter der Ortskrankenkasse feilschen. Die Parteileitung, so heißt es in bloßem Geschimpfe weiter, dringere seit Jahren Ortskrankenkassen-Angelegenheiten und die untergebrachten Sozialdemokraten mühten natürlich ihren Dank an die Parteileitung abtragen. Dann wird wörtlich weiter gelogen wie folgt:

Wie weit die Sozialdemokraten den Terrorismus treiben, geht daraus hervor, daß bei den Berliner Ortskrankenkassen angestellte Beamte ohne Weiteres von den Kassenvorständen entlassen werden, wenn sie bosphollistes Bier trinken und daß hiesige Sozialdemokraten Ausflicht haben, angestellt zu werden. Die Verhältnisse bestehen hinsichtlich in Berlin und werden über kurz oder lang, soweit nicht schon gekühdet, auch in Dresden eintreten. Dieser Tatsache gegenüber glauben wir, daß kein Vaterlandsfreund die Hände ruhig im Schooße liegen läßt, und wir hoffen zuversichtlich, seine Hilfe zu thun, wenn wir Sie um Ihre Unterstützung im Kampfe für unsere gute Sache bitten. Die Agitation zu Gunsten der Wahl der Ordnungsparteien haben wir bereits in die Wege geleitet. Wir richten nun das ergebenste Ersuchen an Sie, zunächst selbst Ihre Wahlpflicht am 14. Dezember d. J. zu entsprechen, des weiteren Ihre gutgeleitete Arbeiter-Veranstaltung zur Erfüllung ihrer Wahlpflicht am Wahltag zu geben, in Ihren Kreisen Parteimitglieder schon jetzt in diesem Sinne vertraulich zu wirken,

so wie uns auch ein Erscheinen zu den Agitationslosten dem Brautragler, der sich Ihnen an einem der nächsten Tage mit einer Liste vorstellen wird, gefälligst zu übermitteln. Ueber die Einnahmen und Ausgaben wird sernerzeit Bedingung abgelegt, ein etwaiger Ueberschuß aber für die nächste Wahlagitation anspar aufbewahrt werden. Koch bitten wir Sie, bei Ihren Arbeitnehmern aus naheliegenden Gründen vorläufig noch nicht zu agitieren. Durch Ihre Thätigkeit in obigen Sinne erforschen wir den Sieg um Wohle und zum Besten unseres Vaterlandes.

Das ist echt fälschlich „ordnungspartheilich“, dumm und unverständig. Nimmt man das Geld der sozialdemokratischen Arbeiter in den Ortskrankenkassen und bilden diese Arbeiter die Majorität der Versicherten, so ist nichts selbstverständlicher, als daß sie keine im Dienste der Ordnungsparteiler sich prostituierenden Köpfe wählen, die glückselig sind, wenn sie zu dem Willen der Arbeitsherrn demüthig „Ja“ sagen dürfen. Nein, sie wählen Männer, von deren Selbstständigkeit im Handeln und Denken, von deren Charakterfestigkeit sie überzeugt sind. Ehrliche und anständige Gegner haben noch immer offen zugegeben, daß die Wittvortung der Sozialdemokratie in der Verwaltung der Ortskrankenkassen ein wahrer Segen ist. Unser Bruderorgan, die „Sächsischer Arbeiterzeitung“, bemerkt zu der unverständigen Nüge:

Die Kommission hat dem langen Namen hat sich von der Furcht vor der Sozialdemokratie so einnehmen lassen, daß sie nicht nur jedes Unternehmungsbereuen von Wagnis und Nüge, sondern auch diejenige Eigenhaft, die man so landläufig als Schamgefühl bezeichnet, verloren hat. Hundst nicht das famose Schreiben die lauthde Nüge des Vaterlandes“ auf, daß sozialdemokratische Beamte mit zum Theil hohen Gehältern von der sozialdemokratischen Majorität des Kassenvorstandes angestellt worden seien. Wie stellen demgegenüber fest, daß im Bureau der Ortskrankenkasse kein einziger angesehener Sozialdemokrat beschäftigt wird, vielmehr läßt aber auch die weitere Unverständigkeit, daß die Ortskrankenkasse zu sozialdemokratischen Agitationslosten beitrage. Die Ortskrankenkassen stehen „der Politik gänzlich fern“, aber das hindert die Urheber des „vertraulichen“ Schreibens nicht, alles anzuleiten, einen Sieg der Ordnungsparteien herbeizuführen, also politische Wagnisse zu treiben und dazu das Blaue vom Himmel herunterzufischen.

Die Arbeiter werden derartige „ordnungsdemagogische“ Schufterei gehörend zu würdigen wissen und nun erst recht dafür sorgen, daß dem verkommenberischen und heberischen Geinbel die Luft vergezht, solche Schuftereien fortzusetzen.

Wirthschaftlich-soziale Rundschau.

* Aus dem Reichstage. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Reihe von Initiativ-Anträgen eingebracht, darunter folgende:

Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen. Einführung eines Reichs-Versammlungsgesetzes und Vereinsgesetzes sowie Sicherung der Konfessionsfreiheit, unter Aufhebung aller bestehenden Verordnungen und Versammlungsregeln in den Bundesstaaten und im Reichsland. Einführung eines Reichs-Verfassungsgesetzes, unter Aufhebung der einseitigen Verträge über den Verband. Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbebehörden auf das Handelsgewerbe und Abänderung des Gesetzes betreffend die Gewerbegebühren, das verorbliche Verfahren zur Zahlungnahme an den Banken, berechtigt sind und zum Mitgliede eines Gewerbegerichts berufen werden können. Die Fraktion ist ferner mit der Ausarbeitung eines Arbeiter-schutzgesetzes und eines Gesetzes für die Einschränkung der arbeitsfähigen Arbeitszeit beschäftigt. Von einer

„goldene“ genannt werden; aber zu behaupten, daß sie ein „schöner Traum“ bleiben werde, von welchem „Schwärmer und Verfälscher den Leichtgläubigen vorreden“ — das zeugt von gänzlicher Verkennung des hohen natürlichen Berufes der Menschheit, und kann wahrlich nicht dazu beitragen, das Bewußtsein der Menschenvürde zu stärken und zu entwickeln.

Sonderbarer Widerspruch! Die Theologie, die sich als die „Wissenschaft des Göttlichen“ ausgibt und behauptet, nach göttlicher Inspiration zu handeln, sie mußket dem Varnen und Glenden zu, an ein „besseres, ewiges Jenseits“ zu glauben, wo er entscheidend werden soll für die künftigen erduldeten Leiden. Aber an eine bessere Zukunft auf Erden, an einen Zustand irdischer Glückseligkeit soll er nicht glauben dürfen, — das nennt der beormündende Geist der geistlichen und weltlichen Macht „Utopien“, „gemeingefährliche Träume“.

Der Glaube an das „bessere Jenseits“ erleidet mehr und mehr das Schicksal aller ibernatürlichen Vorstellungen; die Vernunft macht ihm ein Ende. Aber in demselben Maße stärkt sie auch den Glauben an eine bessere Zukunft des Menschengelechts.

Wäre es möglich, dem Menschen den „schönen Traum“ von einer besseren Zukunft zu zerstören, so würde er den nächsten stützlichen Halt im Chaos des Glends verlieren.

Nach immer, von Heiliker zu Heiliker, hat sich vom „schönen Traum der Schwärmer und Verfälscher“ ein Theil erfüllt. Das größere Heil der Menschheit ist nicht dem Zedeat entzogen. Kein Schwärmer und Verfälscher — thumte diesen Traum umsonst. Ist er doch nichts Anderes, als die von der Erkenntniß der Entwürdigungsgeschichte des Menschthums bewiesene verlorene höhere Voraussetzung.

So können wir mit größter Bestimmtheit logen: all das soziale Elend, die wirtschaftliche Korruption, die Unfreiheit und Ungerechtigkeit von heute gebort nicht zu den im Wesen der Dinge begründeten unwandbaren Einrichtungen, sondern sind nur zu sehr wohlhabend geworden. Ueberdies ist jeder Hande lenden Zustand, der in verkehrten oder in unzureichend Einrichtungen wurzelt, — und solche Zustände sind es, denen

Advent.

K. F. Wir leben in der sogenannten „Adventszeit“. So hat die christliche Theologie die von ihr zur Vorbereitung auf das Weihnachtsfest, die Geburt Christi, bestimmte Zeit benannt. Durch das ganze alte Testament geht die Advent-Hoffnung hindurch, die Hoffnung auf die Ankunft des „Erlohters“, des nach vorgebildeter göttlicher Offenbarung von den Propheten verkündigten Messias, der da kommen sollte, das Volk zu erlösen aus seinen Kitten und Drangalen und das Reich des Friedens und der Gerechtigkeit zu gründen.

Die Theologen lehren uns, die Advent-Hoffnung habe sich erfüllt, der Messias sei gekommen, die Menschheit sei erlöst, und ihr das Reich des Friedens und der Gerechtigkeit geworden — im Jenseits!

Ein frommer Mann! Die der Menschheit eingeborene Hoffnung auf Erlösung und Verhöhnung, auf Frieden und Glückseligkeit ist nicht erfüllt durch das „Wunder jener Nacht“, das mag an Größlichkeit in den Reichen steiz; nur die Krittzeisse und Rüdemeisse vollzieht sich die Erfüllung unter immerwährendem harten Kampf und Ringen. Und jede Entwidlungsepoche der Menschheit hat ihren Advent; die Ideen des Menschthums, der Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit haben zu immer schönerer Bewirklichung ihre Vorbereitungszeiten.

So auch gegenwärtig wieder. Die Gesellschaft geht schwanger mit neuen Prinzipien, einem neuen Geist, der in die Wirklichkeit hinein geboren werden will zur neuen Gestaltung der Dinge.

Utopie, „ihdlicher Zukunftstraum“ rufen uns die Anhänger und Verkündiger der bestehenden Zustände entgegen. Das ist das alte Erbsel, daß diejenigen, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des sozialen Glends, der sozialen Ungerechtigkeit und der Unfreiheit haben, Jedem, der dagegen kämpft und seinen Glauben an eine bessere, von den Besten beherrschte Humanität, Gerechtigkeit und Wahrfheit beherrschte Zukunft offenbart, sich und Anderen zum Trost ein Bild dieser Zukunft entwirft, verlegen als „utopische Utopisten“.

Da wird höhlich erklärt: so lange die Menschheit besteht, habe es immer viel Elend gegeben, und möge sie noch Jahrhunderte und Abertausende von Jahren existiren — Elend, viel Elend werde bleiben; der Menschengeist sei nicht im Stande, es zu bannen, und die „goldene Zukunft“, von welcher die „Schwärmer und die Verführer den Leichtgläubigen vorreden“, bleibt ein schöner Traum.

Die Einen dieser Stillstands-Fanatiker meinen, so sei es in „unabänderlichen Naturgesetzen“ begründet; die Anderen berufen sich — und das ist ja immer das Bestehe und Einschichte — auf die Dogmen ihrer Religion, welche ihnen „unabänderlichen göttlichen Willen“ lehren und sagen: Nach „Gottes Anordnung“ könne es in der Welt nicht besser sein als es ist; das Elend sei unbillig von menschlichen Dasein, und die Menschen, die davon betroffen werden, müßten es gebulbig und mit Ergebung in den Willen der Gotttheit, hoffend auf die erbarmende Liebe ihrer mit Göttern begnadeten Mitmenschen, ertragen.

Ein Blick auf die Geschichte der Menschheit zeigt uns ie ganze unerträgliche Sklaverei und Bemunswürdigkeit dieser Argumente. Offenbart uns die Geschichte doch nicht Anderes als der Menschheit immerwährendes Ringen gegen soziale Unvollkommenheiten und Schäden, gegen Barbarei, Unrecht, Unwissenheit, Elend und Noth jeder Art — und der Menschheit ketten Sieg über diese Mächte, die von den Theologen immer und überall als „unverlegbare Faktoren der göttlichen Weltordnung“ erachtet worden sind.

Wenn man auch unbedenklich zugeben kann, daß der ganze Menschheit-niemals ein vollkommenes Glück, ein Dasein ohne alleß Leid zu Theil werden wird, so muß man doch, unbeding gelassen: es sei eine vernunftgemäße und humanitäre Liebeszeugung, daß mit der stetigen Entwidlung zu immer höherer Kultur die Welt kommen werde, wo alleß das Elend, was wir gegenwärtig unter der Kollektiv-Bezeichnung „soziales Elend“ in seinen verschiedensten Arten — Körperliches und geistiges Elend, — auch Noth, Mangel an Erziehung, — verborgen und der Dasein als Ausgeburt unferer schlimmen gesellschaftlichen Zustände kennen, nicht mehr existiren wird. Im Breitsinnigen Zustand, der in verkehrten oder in unzureichend gleich zu der Gegenwart mag eine solche Zukunft immerhin eine

größerer Anzahl von Mitgliedern der Fraktion ist außerdem der vorjährige Antrag auf Aussetzung des Strafzwanges wieder eingegraben worden. —

Die Konzeptionsarbeiten haben ihren früheren Antrag betr. Einführung der Beschäftigungsnachweise beim Sandwerk wieder eingegraben.

Die freizinnigen Abgeordneten Runderl und Gwosden richten in einer Resolution an die Regierung das Ersuchen, Untersuchungen anzustellen über den Bau von Windmühl und die Verluste der Bauhandwerker.

Arbeiterschutz in der Schweiz. Die nun reaktionell schaffenden Anträge der Kommission des Nationalrates, betreffend Arbeiterschutz (Wollkammern, Zifferen- und Wasserzeigerarbeiten 1890-93) lauten folgendermaßen: Die Kommission erklärt, daß sie die Auffassung hat, es seien die Kantone berechtigt, in ihren Verordnungen solche Bestimmungen für alle übrigen Gewerbe zu treffen, wie sie das schweizerische Arbeitsgesetz für die ihm unterworfenen Gewerbe enthält; sie nimmt mit Genehmigung vom 16. Juni 1894, für die Anstellung eines weiteren Anknüpfers zu dem Fabrikarbeitsgesetz des III. Kreises aus, und es beantragt: 1. Es sei der Bundesrat eingeladen, zu untersuchen, ob nicht mit Bezug auf die Lohnauszahlung in Waaren, sofern dabei eine gemeinlichliche Abfertigung, sowie mit Bezug auf die Lohnabzüge und dergestaltige Lohnauszahlung für solche Betriebe, welche mehr als zehn Arbeiter beschäftigen, Bestimmungen, wie die im Fabrikarbeitsgesetz enthaltenen, zu treffen seien; 2. es sei der Bundesrat eingeladen, zu untersuchen, ob nicht in den Bundesverhältnissen die Arbeitszeit auf zehn Stunden beschränkt werden solle; 3. es sei der Bundesrat eingeladen, zu untersuchen, auf welche Weise es sich bewirken lasse, daß die Frauenarbeit in den Fabriken an Sonnabenden auf den Vormittag beschränkt werde, und 4. es sei der Bundesrat eingeladen, die Verhandlungen bezüglich einer internationalen Regelung der Arbeiterfrage besonders wieder aufzunehmen.

Arbeitsbureau in Holland. In Kampen ist ein Arbeitsbureau errichtet worden, das aus einer gleichen Anzahl von Unternehmern und Arbeitern besteht, die alle für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt werden und deren Wiederwahl zulässig ist. Die Mitglieder sind in eine Anzahl von Sektionen, entsprechend den verschiedenen Berufszweigen des Ortes, eingeteilt. Die Vorsitzenden und Sekretäre der einzelnen Sektionen, bilden mit dem Vorsitzenden des Gesamtbureaus die Zentralleitung. Ein Rat bestreitet über die bei dem Bureau als juristische Vertreter angestellt und hat bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern als Schiedsrichter zu fungieren.

Arbeiterräte in Frankreich. Die Ernennungskommission des Conseil Supérieur du Travail behält sich schon seit längerer Zeit mit einem Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Arbeiterräten, wie sie die Republikäre kürzlich bereits im Jahre 1891 und wiederholt in dem Januar I. in dem Parlament gefordert hat. Der Entwurf, mit dem sich die Kommission beschäftigt, geht in drei Teilen: 1. Entwurf, betreffend die Errichtung von Arbeiterräten, 2. Entwurf, betreffend das Verfahren durch Einigung und Schiedspruch, 3. verschiedene Einzelbestimmungen und 4. Entwurf, betreffend Conseil du Travail, die auf Initiative der Unternehmer und Arbeiter errichtet werden. Der Entwurf will in den neuen Institutionen eine Annäherung von Kapital und Arbeit und einen ständigen, gewissermaßen parlamentarischen Verkehr zwischen Arbeitern und Unternehmern anbahnen. Aufgabe der Arbeiterräte wäre die Meinungsbildung und Berührung in allen sozialpolitischen Fragen; weiter sollen sie eine subsidiäre Instanz neben den Einigungsämtern auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1893 bilden, und in regelmäßigen Verhandlungen der beteiligten Parteien eine sofortige Beilegung ausstehender Differenzen erwirken.

Ueber die Arbeitsverhältnisse in Amerika schreibt ein dort wohnender deutscher Gewähr: Wir befinden uns mitten in einer beispiellosen Geschäftserregung; welche mit dem Mai 1893 anhub und sich fortgesetzt noch steigert. Kapitalistische Blätter schreiben zwar in neuerer Zeit von Anzeichen eines Geschäftsaufschwungs, wie Vorkarbeiter mehren davon aber nichts. Organisirte wie nichtorganisirte Arbeiter sind höchstens ein Drittel beschäftigt, und diese bei reduzierten Löhnen. Die

mit der andauernden Krisis notwendig verbundene Unterkonsumtion der Massen steigert erstere noch immer mehr. Einzelne gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter, wie ganze Verbände stehen am Rande des Bankrotts. Der bevorstehende Winter wird den Arbeitslosigkeiten den Vorschub machen. Es wäre sehr angebracht, daß der „Vorwärts“ die Auswanderungswilligen warnt, keineswegs sollten sich Bauhandwerker hüten, nach hier zu kommen. — Vom 24. bis 29. September tagte in Cincinnati die Convention der Internationalen Furniturer Arbeiter Union von Amerika (Holzarbeiterverband). Die Berichte, welche die einzelnen Delegaten dort abgaben, waren oft haarträubend:

Der Delegat von Schöbgen berichtete, daß dort der höchste Lohn pro Woche Doll. 6.90, der niedrigste Doll. 3.50 pro Woche sei, wobei vorausgesetzt werde, daß der Arbeiter regelmäßig die ganze Woche Arbeit habe, eine Annahme, die nur für ganz vereinzelte Ausnahmen zutrifft. Schöbgen ist ein Arbeiterhater, in der sich 8500 Holzarbeiter unter einer Gesamt-Einwohnerzahl von 15000 befinden. Denen der gesamte Grund und Boden der Fabrikanten abhängt, denen der gesamte Grund und Boden gehört und die eine ärgere Despotie ausüben, als der russische Zar. Unter Korrespondent meint, daß Hoffnungen, wie man sie in deutschen Blättern aus dem Osten- und Ertragebege finde, für ganze amerikanische Distrikte leider ebenfalls bereits zutriften.

Die Umsturzvorlage

Ist dem Reichstages den 14. März in seinem neuen Heim ausgegangen und wird einem der ersten Verhandlungsgegenstände sein. Die Hauptbestimmung des Entwurfs ist die Errichtung eines Gesetzes betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über das Pressegesetz. Dem Wortlaut der Vorlage entspricht ihrer sehr langen Begründung mitzutheilen, ist aus Rücksicht auf Raumverhältnisse unseres Blattes unmöglich. Wir stilisieren die vorgelegenen Gesetzesbestimmungen wie folgt:

Die Ausforderung zu Verbrechen soll mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden. Die diesbezüglichen Bestimmungen können bei einmütigen rigoroser Auslegung zu einem Fallstrich für jede gewissen Treuen missliebige Disposition werden. Es kann finden die Polizei- und Staatsanwaltschafts-Organen bereits als eine Aufforderung zu Verbrechen oder als eine Verherrlichung von Verbrechen erscheinen, wie andern Worten ist eine bloße objektive, referierende Wiedergabe von Schilderungen von Verbrechen unzulässig. Wir sind überzeugt, daß der denkbar Beste, die „indirekte“ Aufforderung oder der „indirekten“ Verherrlichung, als bald einen hohen Kurs in der Reichspresse erhalten wird, sobald einmal der Weg dazu offen gelegt ist. Dann aber ist kein Mensch mehr, nicht einmal der Geschichtsschreiber und Geschichtsforscher, der längst Vergangenes in unser Gedächtnis zurückruft, daher sicher, sich in die Zustände heutiger Strafbestimmungen zu verirren; wie es ja überhaupt das Bedenkliche aller solcher Strafbestimmungen ist; daß sie im Laufe der Zeit weit über den Rahmen hinaus weiten, den ihnen der Gesetzgeber ursprünglich hat geben wollen.

Für die Presse ist von einschneidender Bedeutung die vorgehene Abänderung der §§ 110, 111 und 130 des Strafgesetzbuchs, die von der Aufforderung zum Ungehorsam und zur Aufregung verächtlicher Äußerungen zu Gewaltthatigkeiten handelt, nach der Richtung hin, daß auch ohne rechtliche Entscheidung der Regierung, vorläufig beschlagnehmbar werden können, die sich, nach politischer Anschauung, gegen die erwähnten abgeänderten Paragraphen verhalten. Das hier die Äußerung Mißtraue vornehmen können und daß durch solche Mißtraue, wenn sie sich häufen, die Existenz zahlreicher Unternehmungen verdirbt werden müßte, liegt auf der Hand. Von hier aus droht der Presse eine Gefahr, die unmittelbar an die Zustände vormärklicher Zeiten erinnert, die sogar insoweit noch relativ größer ist, als vor 1848. Eine die Vorgeschichte obener Genur wesentlich vorordnend vertritt, daß Konstitutionsgesetz überhaupt gedruckt wurde. In der Abänderung dieser Bestimmungen der Vorlage haben alle Parteien ein gleich starkes Interesse; da Zeiten kommen können, wo die Presse ohne Untersuchung der Parteien unter diesen Bestimmungen zu leiden hat. In Bezug auf die am Strafgesetzbuch vorzunehmenden Abänderungen sieht die Vorlage vor: eine Erweiterung des § 118, der die Beilegung von Soldaten und Militärpersonen mit härteren Strafen bedroht, wenn dabei Verbrechen verbrochen, die aus dem Umsturz der Staatsgewalt gerichtet sind; § 126, der von der Anbringung eines gemeinlichlichen Verdrusses handelt, so daß die Beilegung mit Verbrechen überhaupt aufgehoben werden; durch einen neuen Paragraphen soll die Beilegung des Mißtraue vorgehoben werden, das darauf gerichtet ist, den Umsturz der Staatsordnung herbeizuführen; § 130 soll dahin erweitert werden, daß Personen bestraft werden. Die Religion, Monarchie, Familie, Ehe und Eigentum in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise durch beschimpfende Beilegungen angreifen.

Nach unabweislichen Vorschlägen der „Umsturzvorlage“ sollen Offiziere und Unteroffiziere des Heeres auf den Posten ihrer Stellung entlassen werden können auf Grund eines besonderen Verfahrens, wenn sie wegen einer Verletzung der Strafbestimmungen im Abschnitt 6 und 7 des Strafgesetzbuchs mit mindestens drei Monaten Gefängnis bestraft sind. Des letztes Abschnitt handelt vom Widerstand gegen die Staatsgewalt, der seitens von den Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung.

Alle die neuen Bestimmungen, welche die Vorlage enthält, sind so lauslich unangenehm, daß selbst konervative Blätter erklären, der Entwurf sei unannehmbar. We werden auf die wichtigsten Einzelheiten wohl noch zurückkommen.

Vertheiltes Zrudystem.

Nach § 115 der Gewerbeordnung sind die Gewerbetreibenden verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter baar auszuzahlen; sie dürfen den Arbeitern keine Waaren kreditlehen, doch ist es gestattet, Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten, Wohnung und Lebensmittel gegen die örtlichen Mieths- und Wachtpreise, Feuerung, Beleuchtung, regelmäßige Verpflegung, Arzneien und ärztliche Hilfe, Werkzeuge und Stoffe zu den den Arbeitern übertragenden Werten für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung der Lohnzahlung zu verabfolgen. Diese und die in den

folgenden vier Paragraphen der Gewerbeordnung enthaltenen Bestimmungen treffen das sogenannte Zrudsystem, das herüber in Deutschland zwar in seiner Entfaltung sehr gehemmt worden ist; aber doch leider nicht ganz ausgerottet werden kann. Unzulässig kommen Fälle zur Kenntnis der Behörden und Gerichte, in denen Arbeitgeber gegen den § 115 der Gewerbeordnung dadurch verstoßen haben, daß sie den Arbeitern Lebens- und Genussmittel zur Höheren Preisen, als die Anschaffungskosten betragen, liefern, daß sie ihren Arbeitern Waaren kreditlehen und den Betrag der Lohnzahlung in Waaren bringen, oder daß sie gar mit dritten Personen Hand in Hand gehen, die Arbeiter veranlassen, von Jenen ihre Bedürfnisse zu beziehen und dann bei der Lohnzahlung die von denselben angemeldeten Schuldbeträge in Waaren bringen. Sehr mannigfaltig sind die Formen, unter denen das Zrudsystem auftritt; da aber die Bestimmungen des Gesetzes weit genug gefaßt sind, um alle Formen fassen zu können, so kann der Trick auch stets unterdrückt werden, wenn er zur Kenntnis der Behörden gelangt.

Auf den meist fälschlich so genannten Kolonialen Beschäftigten sogenannte Konsumvereine bei denen die Beamten und Arbeiter Alles, was sie zum Lebensunterhalt bedürfen, kaufen können. Sind diese Vereine wirklich Vereine von Beamten und Arbeitern, die sich zusammenschließen haben, um Lebens- und Genussmittel billiger und besser als gemeinschaftlich kaufen zu können, so ist gegen die Bildung solcher Vereine nichts einzuwenden. Sie werden diesen in der Regel die Form von eingetragenen Genossenschaften geben und sind dann unabhängig von den Werksbetreibern. Aber diese Unabhängigkeit und Selbstständigkeit ist nicht immer nach dem Gesammt der Werksbetreiber. Einzelne Verwaltungen sind auf die Bildung von „Konsumvereinen“ verfallen, d. h. Vereine, die nur äußerlich diese Form haben, in Wirklichkeit aber nicht als Verwaltungen der Verwaltungen sind. Von diesen „Konsumvereinen“ entnehmen die Mitglieder ihre Lebens- und Genussmittel, es wird ihnen bis zu einem Betrage, der ungefahr den voraussichtlichen und dem Betrage des „Vereins“ gleich genau bekannten Verdienst während des laufenden Monats einfest, kreditirt, und am Lohnstage wird der Arbeiter zur Zahlung gehalten, oder es wird ihm auch die Schuld beim Konsumverein einfach von dem Lohn abgezogen.

So besteht u. a. unter dem Namen „Vikandauf“ ein Konsumverein der Beamten und Arbeiter der Reichs Court bei Hufen I. W. Derselbe hat mehrere Auserwählungen für das vertheilte Zrudsystem.

Außer dem Rechte, an den Generalversammlungen Theilzunehmen, haben die Mitglieder des Konsumvereins eigentlich nur das Recht, „aus den Beständen des Vereins Waaren gegen Baarzahlung und gegen den von dem Vorstande nach bestem Ermessen mit Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse des Betreffenden zu gewährenden Kredit zu entnehmen.“ Wie der Verein wieder zu den kreditirten Beträgen gelangt, wird in den Statuten nicht weiter erwähnt, wir finden es aber in den Löhnen der Mitglieder. Bei der Auszahlung wird dem Arbeiter von der Direction einfach das, was ihm im Laufe des Monats kreditirt worden ist, abgezogen. Dabei stellt sich denn auch heraus, daß dem Vorstande des „Konsumvereins“ die Vermögensverhältnisse der Arbeiter sehr genau bekannt sind. An dem Lohnstage, W. findet sich, daß dem Inhaber nach Abzug für Del, Kaffe, Hausmieth (er wohnt in einem Hegehause), Kohlen, Holz und „Konsum“ bei der Abrechnung nur 50 Pfennige ausgezahlt worden sind. Eine Kasseauszahlung sollte er nicht erhalten, der Mann hatte also für den nächsten Monat gerade fünfzig Pfennige an der Verfügung. Er mußte also wieder den Kredit des „Konsumvereins“ in Anspruch nehmen und sich eine Kasseauszahlung geben lassen, und dann kamen sechs Monate, in denen er am Lohnstage auch nicht einen Pfennig baar erhielt; so genau war der Konsumverein von seinen Vermögensverhältnissen unterrichtet, daß er ihm gerade bis zur Höhe der ihm zustehenden Lohnforderung kreditirte. Es ist schwerlich denkbar, daß dies nur durch die Heberverwaltung geschähen kann, die auch noch in anderer Weise für den Konsumverein sorgt. Mit den Arbeitern, die sie in die von ihr gewanten Wohnhäuser aufnimmt, verbrüdet sie im Miethsvertrage, daß kein Händler die Häuser betreten darf.

Die Direktion der Sache betreibt gesetzlich verbotenes und strafbares Zrudsystem in dem sie ihren Arbeitern die vom „Konsumverein“ kreditirten Beträge vom Lohne abzieht, auch wenn die Arbeiter selbst, dem Zwange gehorchend, in dem sie sich befinden, sich damit einverstanden erklären.

Auf eine von einigen Arbeitern gegen dieses Unwesen bei dem Ober-Vergamte eingereichte Beschwerde gab dieses zur Antwort, daß es inoffiziell nach Mitteilung des zuständigen königlichen Revisions-Beamten „Vornachhaltungen“ nicht mehr stattfinden sollten, und auf eine weitere Anfrage erklärte das zur Beweiszuführung der Vergamte eingeleitete Ober-Vergamte, daß die Stellung eines Strafverfahrens „unter den obwaltenden Umständen“ nicht für angezeigt ersche.

Wie jetzt weiter bekannt wird, finden auf der Reichs Court trotz jener Mitteilung des zuständigen königlichen Revisionsbeamten noch immer — um das vom Ober-Vergamte erfindene Wort zu gebrauchen — „Vornachhaltungen“ statt, und zwar ist die Verwaltung auf ein Mittel verfallen, das ihrem Erfundungsgeiste zwar alle Ehre macht, indessen eine ebenso flagrannte Verletzung des geltenden Rechtes darstellt wie das frühere Verfahren. Es zählt nämlich denjenigen Deuten, die vom „Konsumverein“ Waaren auf Kredit entnommen haben, nicht mehr die Bezahlung der Waaren, sondern der Konsumverwaltungen den Lohn aus, und zwar noch wie vor unter Abzug des Betrags der entnommenen Waaren. Selbstverständlich ist dieses Verfahren ebenso strafbar, wie das früher gedachte. Diejenigen Personen, die zur Befriedigung des Zruds die Vergamte unterstützen, wie wir hinzuzufügen können, neuerdings auch die Staatsanwaltschaft angehen haben, hat die Reichs Court nicht. Sie verhalten ihnen keine Kosten mehr und hat ihnen außerdem das hier im Wortlaut folgende Schreiben zugehen lassen:

Ihre Stellungnahme der Heberverwaltung gegenüber beanlagt uns, die Ihnen bisher gewährten Vergamte zurückzunehmen und Ihnen oder Ihren Deuten das Verdrücken unseres Eigentums, Ihres Benutzens unserer Wege durch die Kolonial-Kaiserin, das Verdrücken unserer Wohnungen und sonstigen Gebührligkeiten über Grundstücke zu unterfragen. Im Verdrückungsfall werden wir Strafverfahren gegen Hausfriedensbruch gegen Sie stellen.

unter dem Banner des Sozialismus das Proletariat kämpfend entgegentritt.

Und die Zeit des gewaltigen, weltumspannenden Kampfes für eine bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung, das ist der Advent des Sozialismus, der verbundenen, auf Erldung hoffenden Arbeit.

Wieder will das vernünftige Ideal sich löstingen aus der Unvernunft des überlieferten Daseins. Alles Große in der Geschichte ging stets aus von Trägern einer Idee, die weit über die bisherige Erfahrung hinausgriff. Aber so lange es eine aus Macht und Wohl zum Licht, zur Freiheit und zum Glück auferstehende Menschheit giebt, ist sie nie höher und schöneren Idealen gelangt, als diejenigen sind, welche die Arbeiterbewegung der Gegenwart charakterisieren. Diese Ideale gehen auf einen Zustand der Menschheit, in welchem die Arbeit ihre Rechte genießt und ein wider, verwaltender Klassenkampf unmöglich ist.

Ein edleres, ein großartigeres Ideal hat niemals vorher sich geltend gemacht in den sozialen Daseins- und Interesselämpfen! Nicht großden, haben und rauchereissten Sklaven je gleich, die des Augenbilde hassen, ihre Ketten zu brechen, begehren sich die vom Ideal besetzten Arbeiter, — nein, mit den von Wissenschaft und Erfahrung geschuldeten Bewusstseins kämpfen sie frei und offen für der Menschheit besseres Loos; mit Besonnenheit und Einsicht arbeiten sie der notwendigen großen Wandelung der Dinge vor.

Die sozialistischen Ideale der Arbeiter bilden den Mittelpunkt der ganzen modernen Kulturbewegung, als das Höchste höherer Kulturreinigung. Und diese Ideale, die große Hoffnung des Proletariats auf eine schönere Zukunft, seinen Glauben an die Bewerkstelligung des „schönen Traumes“ kann keine Macht zerstören. Und die Hoffnung wird sich erfüllen, das Ideal wird verwirklicht werden! Das ist kein Zrugbild, sondern ein Spiegelbild all' jener Wirklichkeiten, die im Schooße der Kultur sich vorbereiten nach unabweisbarem Gesetze der Nothwendigkeit. Der Sozialdemokratie aber ist die große Aufgabe zugewiesen, die Bewusstseinsarbeit der neuen Zeit, der besseren Zukunft zu sein!

Die Kolonie Kaiserlau wird gebildet durch die von der Gesellschaft gebauten Beamten- und Arbeiterhäuser. Die Leute, denen die Gesellschaft in diesen Häusern Wohnungen vermietet...

Sind das nicht herrliche Zustände? Ist das nicht ein wunderbares Bild 'Arbeiterfürsorge'? Und werden die Behörden immer noch nicht Anlauf haben, gegen diesen Anlauf vorzugehen? Ja, wenn's Arbeiter wären, die gegen die Gesetzgebung verstoßen, da würde die Anbahnung wohl nicht lange auf sich warten lassen...

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zwecks Vereinfachung von Verhältnissen in den Baugewerke hatte das Hamburger Gewerkschaftsamt, Sektion Baugewerke, eine Kommission gewählt, die bei der zuständigen Behörde eine Petition um Vereinfachung der Verhältnisse einreichte und zugleich Vor schläge machte, wie diesen Verhältnissen begegnet werden könne.

Table with 5 columns: Section, Unfall-Anzeigen (1894, 1900), Todesfälle (1894, 1900), Entschädigte (1894, 1900). Rows include Hamburg, Lübeck, Kiel, Flensburg, Schwertau.

Eine Versammlung der streikenden Bremer Hafenarbeiter brach ab, den Streik ausgesetzt und über den Unternehmern Schöndorf so lange die Betriebe zu verhängen, bis Schöndorf erklärte, wieder sämtliche alte Arbeiter in Arbeit zu nehmen...

Der Streik der Arbeiter der Osthavener Waggonfabrik ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Dieser Ausgang ist nicht zum Besten in den vielen Schwierigkeiten, welche die Waggonfabrikenden der Osthavener herrichten...

Die Arbeiter Deutschlands hat die Kommission der Berliner Zigarbeiter einen Antrag erlassen. Nachdem auf die Projekte der Reichsregierung, das Volk auf's Neue zu belasten, hingewiesen, heißt es:

Wenn es nun Pflicht jedes Arbeiters ist, dieses System der indirekten Steuern zu bekämpfen, umso eher ist es heilige Pflicht eines jeden Tabakarbeiter, einer jeden Tabakarbeiterin...

Die Lösung des Tabaks bilden, Kollegen und Kolleginnen! Wir brauchen Euch wohl nicht weiter auszuführen, welche Folgen die Annahme dieses Regierungsprojektes für die ganze Tabakindustrie zeitigen würde. Euch nicht zu schätzen, wie Euer Lage nach Annahme dieses Entwurfes werden würde...

Als 'neueste Richtung des Sozialismus' und als 'Kampfsorganisation' benutzte das 'Saarländer Gewerkschafts' des Herrn v. Stumm den Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute und die Rhein-Westf. Zeitung...

Bei den Gewerkschaftswahlen in Chemnitz legten die Arbeiterkandidaten der sozialdemokratischen Liste den Sieg in ein volles Maß; während die Gegner mit der größten Majorität auf ganze 99 Stimmen brachten...

Die neue Pariser Arbeitsbörse hat sich konstituiert. Die Syndikate hatten die letztere, eigens zu diesem Zwecke erbaute und von der Stadt subventionierte Börse beauftragt verlassen...

Kommunaler Arbeiterstreik in Holland. Die meisten holländischen Städte, in erster Reihe Amsterdam, sind dem Beispiel des Londoner Graffsharkathes gefolgt und haben in den Verhandlungen für die Submissio'n holländischer Arbeiter Bestimmungen betreffs Minimallohne und Maximalarbeitszeit angenommen...

Die Arbeiter Deutschlands hat die Kommission der Berliner Zigarbeiter einen Antrag erlassen. Nachdem auf die Projekte der Reichsregierung, das Volk auf's Neue zu belasten, hingewiesen, heißt es: 'Jeder Arbeiter ist verpflichtet, dieses Vorgehen der Regierung zu bekämpfen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß die Kosten der von diesem Reichstag bewilligten Militärvorlage auf wirklich tragfähige Schultern gelegt werden...'

Stausen zu akzeptieren, falls dies a l l e Unternehmer der Branche thun. Der Widerstand einiger Weniger veränderte die glückliche Durchführung der Idee, woraus ein Generalstreik im Baugewerbe, der bis einige Tage (im August d. J.) währte, die allgemeine Annahme des holländischen Arbeitergesetzes im Amsterdamer Baugewerbe durchsetzte.

Der Ausnahmestand der schottischen Kohlengräber ist vorläufig noch v e r t a g t worden, in der Hoffnung, daß ein Bergarbeitervertrag abgemacht werden, ein Vertrag mit Conciliation Board) zu Stande zu bringen.

Die englischen Arbeiterorganisationen. Unter dem Titel 'Report on the Work of the Labour Department' veröffentlicht das Arbeitsbureau seinen Bericht, der, mit vielen statistischen Tabellen versehen, in erschöpfender Weise die Gewerkschaften, Genossenschaften und andere Hilfsvereine, Streiks, Löhne und Zahl der Arbeitsstunden in den bedeutendsten Industrien und andere Gegenstände von sozialpolitischem Interesse behandelt.

Agitationsbericht.

Im Auftrage des Generalbevollmächtigten der Arbeiter Deutschlands unternahm ich in der Zeit vom 22. Oktober bis incl. 16. November d. J. folgende Agitations-tour: In D e s s a u beginnend, sprach ich in einer höchstbeachtlichen Versammlung, obwohl die dortigen Kollegen alle Urwache hielten, eine regere Theilnahme zu zeigen.

In W a r s z u sprach ich ebenfalls in einer Versammlung unter schwacher Theilnahme. Der Arbeitelohn beträgt bei 10 Stunden Arbeitszeit 25 % pro Stunde. Arbeitsmangel ist dauernd vorhanden.

Eine von Kollegen wenig, von Arbeitern anderer Branchen auch nur schwach besuchte Versammlung fand in S t a f f u r t statt. Infolgedessen ward auch die festgesetzte Tagesordnung auf Wunsch der Versammlung verändert, wozu ich mich auch bereit erklärte. Dasselbst zählte man bei zehnstündiger Arbeitszeit 25 bis 35 % Stundenlohn.

In C o l b e d e s hatte der betreffende Kollege, an den ich mich gewandt, keine Vorbereitung zu einer Versammlung getroffen, auch Niemand damit beauftragt. Dies wird um so weniger auffallen, als der Kollege täglich 18 Stunden in zwei Schichten als Zuckerdreher in Arbeit steht.

In S t a f f u r t lebte und in O l b e n f e l d fand je eine Versammlung statt. Beide waren nur mäßig besucht. Die Arbeitslosigkeit an beiden Orten ist eine ganz schlechte zu nennen.

Die Arbeiter Deutschlands hat die Kommission der Berliner Zigarbeiter einen Antrag erlassen. Nachdem auf die Projekte der Reichsregierung, das Volk auf's Neue zu belasten, hingewiesen, heißt es: 'Jeder Arbeiter ist verpflichtet, dieses Vorgehen der Regierung zu bekämpfen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß die Kosten der von diesem Reichstag bewilligten Militärvorlage auf wirklich tragfähige Schultern gelegt werden...'

Die Arbeiter Deutschlands hat die Kommission der Berliner Zigarbeiter einen Antrag erlassen. Nachdem auf die Projekte der Reichsregierung, das Volk auf's Neue zu belasten, hingewiesen, heißt es: 'Jeder Arbeiter ist verpflichtet, dieses Vorgehen der Regierung zu bekämpfen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß die Kosten der von diesem Reichstag bewilligten Militärvorlage auf wirklich tragfähige Schultern gelegt werden...'

Die Arbeiter Deutschlands hat die Kommission der Berliner Zigarbeiter einen Antrag erlassen. Nachdem auf die Projekte der Reichsregierung, das Volk auf's Neue zu belasten, hingewiesen, heißt es: 'Jeder Arbeiter ist verpflichtet, dieses Vorgehen der Regierung zu bekämpfen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß die Kosten der von diesem Reichstag bewilligten Militärvorlage auf wirklich tragfähige Schultern gelegt werden...'

In Badesweiler war die Einberufung einer Versammlung unterbleiben, insofern der dort herrschende Verhältnisse...

Zug darauf fand in Badesweiler eine Versammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Lohnrücker ist dabei auch an der Tagesordnung...

In Lemgo war die Versammlung auch etwas schwach besucht. Die Arbeitszeit ist ungünstig. Der Lohn beträgt 25-30 A pro Stunde...

Auch in Bielefeld war die Versammlung nicht entsprechend besucht. Wie anderwärts, so ist auch hier die Arbeitszeit ungünstig...

Die Versammlung in Herberode a. S. konnte ebenfalls besser besucht sein, trotzdem waren Kollegen vorhanden...

In Elrich hatten die Kollegen von dem am Tage vorher abgehaltenen Parteitag noch nicht ausgehört...

In Nordhausen war die Versammlung gut besucht, wie man mit Verheerung, besser, als die früher abgehaltenen...

Dort hier war ich nochmals nach Halberstadt gereist, zu der bereits oben geschilderten Versammlung...

Die letzte Versammlung hielt ich in Erfurt ab. Der Besuch derselben lag ebenfalls zu wünschen übrig...

Dam Schluss lag ich nicht umhin, die Kollegen allerorts an die gegebenen Versprechen zu erinnern...

Zwischen, im Dezember 1894.

Louis Eckstein.

Aus der Schweiz.

Der Parteitag der Schweizer Sozialdemokratischen Partei, auf welchem auch das Centralcomité des schweizerischen Grädlvereins...

der vielsährige Arbeiterbund politische Aktionen unternimmt. Er hat seine Aufgabe als Ausschüßschreiber des Arbeitersecretariats...

Der sozialdemokratische Parteitag erklärt, der ungeschwächte Fortbestand des Arbeiterbundes, so lange er als Interessenvertretung...

In der Abstimmung wurden die zwei ersten Punkte der ersten Resolution verworfen, deren dritter Punkt aber sowie die Resolution Lang angenommen.

Der größte Arbeiterbund der Schweiz ist der des Grädlvereins. Ueber die Gründung und Entwicklung desselben hat vor einiger Zeit der Genosse Robert Seidel...

1892-1896 Innere Kämpfe. Deutsches Auftreten sozialistischer Ideen. Am Centralrat in Bingen 1895 läßt Klein...

1896-1898 Aufsteigender und äußerer Entwicklung. 1898 Centralrat in Zürich. Der Ausschluß an die Internationalen wird verworfen...

1877 Massenemonstration für die Bundesrevision, Aufstellung eines Revolutionsprogramms. 1872 Gründung der Arbeiter- und Arbeitervereine...

1873-1875 Kampf zwischen den Rechten und Linken, zwischen Sozialdemokraten und mangelfürlichen Demokraten. Sieg der Linken...

1878-1890 Ungeheure äußere Entwicklung. Anlässe zur Bildung einer Rechten und Linken, eines sozialdemokratischen und demokratischen Fraktions.

1888 Jahreshauptversammlung in Marburg. 1892 Statutenrevision. Der Grädlverein stellt sich auf den Boden der Sozialdemokratie.

Aus Oesterreich.

Wien, Anfang Dezember. Wäre Jemand, hier zu Lande blühe der Bau zu Ende, er würde als ein bescheidenes Reich, da würde er sich freuen...

Daß der Bauwind ein Produkt der gegenwärtigen, durch und durch faulen Gesellschaftsordnung ist, beweist die eine Tatsache, daß nicht nur hier zu Lande geschwindelt wird...

mit Anführung einiger kleinerer Schwindel, die aber gerade verhängnisvoll werden können für die Menschen, denn daraus entstehen die meisten Bauwindfälle.

Die Fundamente sollen, je nachdem das Haus hoch wird oder der Grund locker ist, auf eine gewisse Tiefe ausgehoben werden; doch geschieht dies nur ungerne selten...

Ist erst der Bau über die Parterrehöhe hinaus getrieben, so geht die schlaupertigste Arbeit erst recht an, dann sieht der Ingenieur nicht mehr so gut auf die Arbeit und kann auch nicht so unvermerkt bei der Mauer sein...

Einen Durchbruch findet man selten, und so hat im Innern der Mauer ein Riegel mit dem anderen keine Verbindung; besonders in den neuen Bezirken Wien werden die Häuser nur zusammengeputzt...

Unzufrieden sind die Fälle, wo das Mauerwerk bedeutend schwächer gemacht wird, als es im Plane vorgezeichnet ist. Kommen mitunter die Ausschüßpersonen dahinter, so wird das fehlende hinzugefügt...

Ist eine Stadtgleich fertig, so werden Schließen gelegt oder geschlagen, und es ist selbsterklärend, daß auch bei diesem sehr wichtigen Akt so viel wie möglich geschwindelt wird. Die ganze Baukunst läuft gegenwärtig dahin aus, möglichst viel zu sparen mit dem Material...

macht frei. Wir haben aber ein Schulsystem, das noch mancher Verbesserung bedürftig ist. So sollte die Rechtslehre in der Schule gelehrt werden. Die Bildung der Bourgeoisie ist nur überflüssig; tragt man die Hände weg. So kommt die Barbara zum Vorschein. Die Bildung der ärmeren Klasse ist es gerade, was die Retten sollen. Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Vortrage erstattete Kollege R o s e Bericht vom Gewerkschaftsartikel. Sodann wurde beschloffen, eine Arbeitslosenliste aufzunehmen. Zu diesem Zweck sollen in zwei bis drei Wochen Listen ausgelegt werden zur Einschreibung für die arbeitslosen Kollegen. Die Besatz werden in der "Vollmacht" der "Morgengüter" und dem "General-Anzeiger" bekannt gemacht. Auf Antrag des Kollegen Herrmann wird beschloffen, daß die Kommission zur Führung der Angelegenheit betriebe der Frankfurter Unfallversicherungsvereine das Material durchsieht und der nächsten Mitglieberter Versammlung Bericht erstattet. Dieses wurde einstimmig angenommen. Nachdem erfolgte Schluß der gutbefehchten Versammlung.

Wochnum. Am Sonntag, den 2. d. Mts., hielt die hiesige Bahlfleete eine außerordentliche Mitglieberter Versammlung ab. Auf der Tagesordnung hand: 1. Zahlung der Beiträge. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vortrag des Kollegen H a y s e. 4. Wahl eines zweiten Vorsitzenden. 5. Bericht des H a y s e. Die ersten zwei Punkte erledigt waren, gingen wir zum dritten über, da aber Kollege H a y s e nicht erschienen war, konnte der Vortrag nicht gehalten werden. Diese Unterhaltungsrede des Kollegen wurde allgemein sehr gerügt. In "Bericht des H a y s e" wurde gerügt, daß die zureichenden Kollegen sich ihre Unterstützung holen und nicht in der Zentralvorberge, sondern in der "Genmat" suchen und die "Vergütung" mitnehmen. Es wurde beschloffen, das Schlußgebild von der Unterstützung abzugeben und dem Vtrich einzuhändigen. Weiter wurde beschloffen, die Versammlungen an den Sonntagen noch dem 1. und 15. jeden Monats stattfinden zu lassen. Die Wahl eines zweiten Bevollmächtigten wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben. Da der frühere Schriftführer längere Zeit nicht erschienen ist, wurde er abgesetzt und an seiner Stelle ein neuer gewählt. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

Bauhandwerker.

Hamesen a. M. Nach langem Schlaf der Bauhandwerker hiesigen Ortes ist es endlich gelungen, dieselben aufzurufen. Am 6. Dezember fand im De Wal'schen Saale eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung, die sehr gut besucht war. Nach der Tagesordnung lautete: 1. Die Nothlage im Baugewerbe und wie ist Abhilfe zu schaffen. 2. Anschlag der Maurer Hamesen an den Zentralverband der Maurer Deutschlands. Als Referent war Kollege Albert Paul (Gannover) erschienen. Derselbe legte in ausführlicher Weise dar, woran wie im Baugewerbe krank, und forderte zum Anschluß an den Verband auf. Im zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Referent Klarheit über die Verhältnisse des Verbandes. In die ausgelegten Listen zeichneten sich ungefähr 80 Kollegen ein, so daß dadurch der Anschluß an den Verband bewirkt worden ist. Die Gewerkschaftsbewegung in Hamesen ist dadurch einen bedeutsamen Schritt vorwärts gekommen. Hoffen wir, daß der Verband zum Segen der gemeinsamen Bauhandwerker wirken und gedeihen möge. Folgende Berufe sind hier nun organisiert: Schuhmacher, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schneider und Maurer. Mögen sich auch die Zimmerer aufrufen, damit für dieselben eine Organisation zu Stande kommt. Die Vorberhältnisse der Bauhandwerker sind hier 25-35 A. die Stunde. Im nächsten Jahre wird sich eine flotte Bauart entwickeln, indem an größeren Bauten, außer der Kaserne, noch eine neue Eisenbahnbrücke über die Weser, ein Schachthaus, die Kanalisation in Angriff genommen werden soll. Zum provisorischen Bevollmächtigten wurde Kollege Friedrich Soyta, Fischpostenstraße 10, zum Kassierer Friedrich Jungheim, Hünenstraße 16, zum Schriftführer Heinrich Rich, Dellerstraße 62, gewählt.

Oldenburg. Am 27. November tagte im Saale des Herrn Bogt eine öffentliche gutbesuchte Bauhandwerker-Versammlung, in welcher Kollege P a e l v o über: "Die technisch-wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensstellung der arbeitenden Klassen" referierte. Redner wies in klaren Worten nach, wie der Arbeiter durch das Maschinenwesen immer mehr in das Elend zurückgedrängt werde. Er wies ferner nach, daß das Kleinhandwerk dadurch besitzigt würde, daß das Kapital sich in immer weniger Händen konzentrierte. Zum Schluß forderte er sänntliche Anwesenden auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Der Redner erntete reichen Beifall.

Einflußnahme.

Dortmund. Am Sonnabend, den 1. d. M., fand die regelmäßige Mitglieberter Versammlung statt. In welcher Debattieur H o r d referierte über: "Arbeitslohe, Arbeitslohe, Arbeitslohe." Das er überzeugend wurde er seiner Aufgabe gerecht, wovon auch die besitzliche Aufnahme Zeugnis gab. Im weiteren Verlauf der Erörterung der Tagesordnung war noch von besonderem Interesse, daß gegen die Verhandlung, sowohl gegen den Vorstehen, als auch gegen den Kassierer, Klage erhoben wurde wegen nachlässiger Handhabung der Kasse, wiewol trotz mehrfachen Ermahnen, um Ausstellung weiterer Quittungsarten müßte der Kassierer die Beiträge ohne Marken quittieren bezug zuwidmen. Ebenso wartet der Vorstehen heute noch, trotz klar gestellter Anfrage, betriebe der Mitglieberter auf Antwort. Im allgemeinen Interesse wäre es wohl erwünscht, wenn die Kassestellung etwas präziser wäre.

Literarisches.

Der Sozialdemokrat. Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Erscheint in Berlin SW, Weichstraße 2).
Die Nr. 45 vom 6. Dezember hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Aus England. — Brief aus Holland. — Das Reichslied der Sozialdemokratie. — Wie man uns behandelt. — Parteilosigkeit. — Tobenlied.
Zur Auseinandersetzung in der Partei. — Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Hamburg. — Kommissionsbericht über den Pullmanstreik. — Zum Sollinger Streik. — Agrarisches. — Gewerkschaftliches. — Meinliches.
— Literarisches.

Sozialpolitische Zentralblatt. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine

Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich A 2.50. Einzelnummern 20 A. Erschienen ist Nr. 10, 4. Jahrgang.

Von der "Neuen Zeit" (Euttgart, F. S. W. B. e.'s Verlag) ist letzte das 10. Heft des 13. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor:

Andere Zeiten. — Die Dauernfrage in Frankreich und Deutschland. Von Friedrich Engels. — Die Arbeiterpartei Belgiens. Von Emil Vandervelde. — Notizen: Das Gotteshaus als Asyl für bankrotte Kaufleute. Arbeiterparnath im Kohlentransport. — Zeitschrift: Sibirische Elapendeindrücke. Ein Beitrag zu dem Diktum Alexander III. und seines Regierungssystems. Von G. Gryfo. (Schluß).

Briefkasten.

*** Der diesmaligen Sendung des "Grundstein"** liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertreternmänner die Nr. 45, 4. Jahrgang, des "Correspondenzblattes" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des "Grundstein".

*** Das Weihnachtsfest** wegen erfolgt Schluß der Redaktion für die Nummer 52 schon am Sonnabend, den 22. d. M., Mittags. Wir machen unsere geehrten Korrespondenten auf diesen Umstand aufmerksam und bemerken zugleich, daß alle Bezichte, Annoncen usw., die nicht bis zu diesem Zeitpunkt in unseren Händen sind, erst in Nummer 1 u. Z. Aufnahme finden können. Auch für Nummer 1 muß Redaktionschluß bereits am Sonnabend, den 29. d. M., erfolgen, worauf wir ebenfalls zu achten bitten.

Die Redaktion.
Die Nummer 52 uneres Blattes kann des Weihnachtsfestes wegen erst am Donnerstag, den 27. d. M., zur Versendung kommen.

Charlottenburg, B. Sie hatten das Papier auf beiden Seiten beschreiben. Für dieses Mal haben wir uns der Mühe des nochmaligen Abschreibens entzogen; für die fernere Zeit können wir das nicht machen. Sie behaltens darauf aufmerksam, daß Bezichte nur dann mit Sicherheit auf Aufnahme rechnen können, wenn das Papier nur auf einer Seite beschreiben und ein genügend breiter Rand zur Anbringung von Korrekturen frei ist.

Dortmund, G. Wenn Sie wünschens, Ihre Bezichte rechtzeitig aufgenommen zu sehen, dann muß vor allen Dingen von Ihnen die Pflicht erfüllt werden, die wir notgedingener Weise an jeden Schriftführer stellen müssen. Sie hatten das nicht getan. Das Papier war auf beiden Seiten beschreiben und außerdem war bereits die Nummer 49 gedruckt, als der Bericht eintraf. Wir ersuchen auch, etwas leserlicher zu schreiben und das Datum des Versammlungsplatzes anzugeben.

Geesthacht, G. Bezichte, die jegliche öffentliche Interesse vermischen lassen, können wir nicht aufnehmen; wir möchten also auch von der Aufnahme Ihres Bezichts Abstand nehmen.

Harenbeck, S. Einer solchen Bekanntmachung steht, wenn sie nicht in betriebliger Form geschieht, nichts im Wege.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgruppen.

Sitz Hamburg.
Zur besonderen Beachtung für die örtlichen Verwaltungen und Auszahler der Reiseunterstützung.

Nachdem sich der Kollege A. Schilling, Buchstr. 227/64, als Bevollmächtigter der Bahlfleete Constanz mehrere Unregelmäßigkeiten in dem Buche bemerkt, ohne vorher Rücksicht zu nehmen, Constanz verlassen. Die Kollegen allerorts werden hiermit zur Schilling gewarnt. Wie ersuchen, wenn jemand dem Aufsichtsbuch besitzigen, nicht davon Mitteilung zu machen. Das Buch ist anzuhalten und hierher einzusenden.

Zu letzter Zeit ist es vielfach vorgekommen, daß an Mitglieberter, welche durch einen Lehrbrief den Nachweis liefern, daß sie innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrgang dem Verbaude beigetreten sind, Reiseunterstützung ausbezahlt wurde. Das ist unzulässig! Nur dann darf an dieselben die Unterstützung gezahlt werden, wenn sie sich in Besitz einer vom Vorstande ausgefertigten Legitimation besitzigen. Bei Zuwickelungen muß das Reisegehalt aus der Lokalkasse gedeckt werden.

Die Reiseunterstützung, welche auch in diesem Jahre vom 1. November ab an reisende Mitglieberter bezahlt wird, hat der Vorstand und Auszahlung auf 60 A festgesetzt.

Für die örtlichen Verwaltungen und Auszahler der Reiseunterstützung dienen Folgendes zur Beachtung:

- Reiseunterstützung können nur diejenigen Mitglieder in Empfang nehmen, welche
 - wenigstens bis zum Tage der Auszahlung ein Jahr lang Verbandsmittglied gewesen sind, oder
 - sich im Besitze einer vom Vorstande auf Grund des § 6 des Statuts ausgefertigten Legitimation besitzigen. Die Legitimation muß mit dem Vorstandsstempel und der Unterschrift des Verbandsvorsitzenden versehen sein.
 - ihre Beiträge voll bezahlt haben;
 - einen Bemerk über ihre Ablegung im Mitglieberterbuch haben.
- Die Reiseunterstützung ist persönlich in Empfang zu nehmen und zu quittieren. Ausgehende Beiträge müssen in Bezug gebracht werden.

8. Ein Teil der Unterstützung muß in Baar ausbezahlt werden, während es den Bahlfleeten überlassen bleibt, für den Rest Unterkunst (Vogel) usw. zu gewähren.

Die Bahlfleetenverwaltungen, besonders die Kassierer, oder Auszahler der Unterstützung, werden ganz besonders ersucht, auf diese Bekanntmachung und das dem Statut angehängte Reiseunterstützungsglement genau zu achten, damit keine Unregelmäßigkeiten vorkommen.

Besonders wollen wir noch darauf aufmerksam machen, daß Mitglieberter, welche Reiseunterstützung in Empfang nehmen, verpflichtet werden können, auf den von den Bahlfleeten für sich allein oder mit anderen Gewerben zusammen eingerichteten Berg zu logieren.

Der Vorstand.

J. A.: Th. Dömelburg, Vorsitzender.

Zu der Zeit vom 4. bis 11. Dezember sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung für
Kiel (19. 11. 94) M. 100, Wismerschaven (19. 11. 94) 60, Söngeln (19. 11. 94) 22,08, Aunach (22. 11. 94) 81,87, Horn 24,72, Hensenburg 100, Leiszig 100, Hüben 149,26, Berlin 1 400, Kiel 100, Wandorf 86. Summa M. 1112,86.
Hamburg, den 11. Dezember 1894.
F. Hüster.
Neue Brunnenstr. 19, 2. Et. Hamburg-St. Georg.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser- (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands "Grundstein für Einigkeit."

Eingelieferte Kässtafeln Nr. 7. Sp: Atona.

Sterbetafel des 3. Quartals 1894.

1. Heinrich Hoffmann, Maurer, geb. 18. 5. 48, gest. 4. 4. 94 zu Breden an Altersleben.
2. Gottlieb Trend, Maurer, geb. 18. 10. 58, gest. 16. 7. 94 zu Rudershausen an Unterleibshypus.
3. Karl Scholt, Maurer, geb. 8. 2. 51, gest. 17. 7. 94 zu Berlin an Rheumatismus.
4. Magnus Ormal, Maurer, geb. 1. 10. 55, gest. 19. 7. 94 zu Peterberg an Lungenschwindsucht.
5. Gottlieb Lehmann, Maurer, geb. 24. 6. 58, gest. 20. 7. 94 zu Berlin an Lungenschwindsucht.
6. Karl Lehmann, Maurer, geb. 16. 11. 57, gest. 20. 7. 94 zu Berlin an Lungenschwindsucht.
7. Hermann Hoff, Steinhauer, geb. 81. 12. 69, gest. 20. 7. 94 zu Breden an Lungenschwindsucht.
8. Ernst Hoff, Maurer, geb. 18. 7. 59, gest. 21. 7. 94 zu Berlin an Darmkatarrh.
9. Franz Hoffmann, Maurer, geb. 16. 5. 51, gest. 22. 7. 94 zu Rüdertag an Lungenschwindsucht.
10. Heinrich Schottler, Maurer, geb. 81. 7. 60, gest. 23. 7. 94 zu Braunschw. an Altersleben.
11. Heinrich Korath, Maurer, geb. 16. 10. 42, gest. 28. 7. 94 zu Frankfurt a. M. an Lungenschwindsucht.
12. Anton Hoff, Maurer, geb. 17. 8. 47, gest. 28. 7. 94 zu Berlin an Altersleben.
13. Philipp Klein, Maurer, geb. 7. 2. 51, gest. 24. 7. 94 zu Kaiserlautern an Lungenschwindsucht.
14. Friedrich Strifling, Maurer, geb. 29. 11. 51, gest. 24. 7. 94 zu Hamburg durch Sturz vom Gerüst.
15. August Schniger, Maurer, geb. 7. 8. 40, gest. 25. 7. 94 zu Berlin an Magenkatarrh.
16. Johann Hoffmann, Maurer, geb. 20. 12. 55, gest. 25. 7. 94 zu Charlottenburg an Lungenschwindsucht.
17. August Hoffmeyer, Maurer, geb. 81. 7. 51, gest. 27. 7. 94 zu Ulfhaken an Magentrebs.
18. Karl Streich, Maurer, geb. 15. 10. 50, gest. 27. 7. 94 zu Berlin an Lungenschwindsucht.
19. Peter Mittelfeld, Steinhauer, geb. 20. 7. 65, gest. 29. 7. 94 zu Hülshofen an Nierenentzündung.
20. Maximilian Volm, Maurer, geb. 28. 6. 48, gest. 29. 7. 94 zu Reumünster an Lungenschwindsucht.
21. Robert Henn, Maurer, geb. 23. 8. 65, gest. 2. 8. 94 zu Berlin an Lungenschwindsucht.
22. Wilhelm Kotte, Maurer, geb. 30. 1. 51, gest. 2. 8. 94 zu Berlin.
23. Albert Hoff, Maurer, geb. 22. 11. 46, gest. 4. 8. 94 zu Hamburg an Lungenschwindsucht.
24. Johann Ehnhufen, Maurer, geb. 11. 9. 36, gest. 6. 8. 94 zu Kiel.
25. Wilhelm Keller, Maurer, geb. 5. 12. 50, gest. 10. 8. 94 zu Dreslau an Magenleiden.
26. Eduard Eitel, Steinhauer, geb. 18. 2. 49, gest. 11. 8. 94 zu Jahr i. B. an Lungenschwindsucht.
27. Ehardt Dornau, Maurer, geb. 21. 8. 75, gest. 11. 8. 94 zu Hitzhofen durch Sturz vom Gerüst.
28. Peter Hüper, Maurer, geb. 28. 4. 48, gest. 12. 8. 94 zu Straßburg i. E. an Lungenschwindsucht.
29. Philipp Koller, Steinhauer, geb. 26. 2. 71, gest. 20. 8. 94 zu Waldbühelbach an Lungenschwindsucht.
30. Otto Sonder, Steinhauer, geb. 14. 12. 60, gest. 22. 8. 94 zu Cannstatt an Rippenfellentzündung.
31. August Winack, Maurer, geb. 26. 9. 75, gest. 22. 8. 94 zu Münster i. W. an Lungenschwindsucht.
32. Adam Schindler, Steinhauer, geb. 29. 8. 59, gest. 24. 8. 94 zu Würzburg an Lungenschwindsucht.
33. Julius Vort, Steinhauer, geb. 14. 12. 57, gest. 25. 8. 94 zu Jahr i. B. an Lungenschwindsucht.
34. August Dönh, Maurer, geb. 1. 8. 55, gest. 25. 8. 94 zu Wülshed durch Erischen.
35. Johann Emerich, Gipser, geb. 1. 1. 44, gest. 26. 8. 94 zu Oberau an Mellekist.
36. Gustav Bachmann, Maurer, geb. 23. 1. 59, gest. 28. 8. 94 Leiszig-Cornweik an Dreiterung.
37. Adam Reuter, Steinhauer, geb. 25. 8. 48, gest. 28. 8. 94 zu Gaisfuit an Lungenschwindsucht.
38. Karl Winter, Maurer, geb. 15. 7. 52, gest. 30. 8. 94 zu Dreslau an Lungenschwindsucht.

